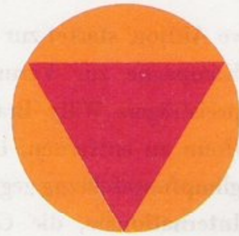
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 4/86

Der Mord an Olof Palme und die Konservative Aktion

Die letzten Wochen und Monate waren seit dem Gipfeltreffen in Genf durch Hoffnung machende Abrüstungsvorschläge und Initiativen zur Begrenzung der Atomkriegsgefahr gekennzeichnet. Die Hoffnung wurde bestärkt durch die weitreichenden Vorschläge der Sowjetunion für die Begrenzung und den Abbau der Atomwaffen bis zum Jahr 2000.

Die Bremer Bürgerschaft hat mit ihrem Beschluß gegen Weltraumwaffen und für eine Sicherheitspartnerschaft als politische Voraussetzung des gemeinsamen Überlebens Ansatzpunkte zu einer neuen Entspannungspolitik aufgezeigt.

Das Abkommen zwischen SPD und SED über eine Chemiewaffenfreie Zone in Europa und die Fortsetzung der Gespräche über eine atomwaffenfreie Zone sind weitere Ansätze für mögliche konkrete Schritte zu einer neuen Entspannungspolitik.

Diese positiven Zeichen werden überschattet durch den feigen Mord. an Olof Palme. Palme war einer der herausragenden Politiker, der sich für Abrüstung und Entspannung in der Welt eingesetzt hatte. Seine konkreten Vorschläge, z.B. für eine atomwaffenfreie Zone in Europa standen im positiven Gegensatz zu einer Aufrüstungs– und Erstschlagspolitik der NATO und der USA. Mit dem Tod Olof Palmes verlor die internationale Friedensbewegung einen wichtigen Friedenskämpfer.

Es überrascht nicht, wenn für den Mord eine neofaschistische Organisation verantwortlich zeichnet. Haben doch gerade die neofaschistischen Kräfte in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe, Haß und Zwietracht zwischen den Menschen und Völkern zu schüren. Durch Terror und Gewalt verunsichern sie die Menschen und treiben die gesellschaftliche Entwicklung aktiv nach rechts im Sinne einer aggressiven Politik nach innen und außen.

Für uns in der BRD werden Erinnerungen an die 70er Jahre wieder wach, als die NPD über die "Aktion Widerstand" gegen die Entspannungspolitik der SPD/FDP–Regierung mobilisierte. Die Aktionen der Neofaschisten gipfelten in der Mordlosung: "Brandt an die Wand".

Mit Bestürzung haben wir jetzt aus der Presse entnommen, daß damals schon eine "Europäische Nationalsozialistische Union" Morddrohungen gegen Willy Brandt anläßlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn in Stockholm ausgesprochen hatte. Eben diese "ENU" hat vor zwei Wochen vermutlich (lt. Presseberichten) Olof Palme ermordet und als nächsten Willy Brandt auf ihrer Mordliste. Die Ermordung wurde von langer Hand vor einem Jahr in Berchtesgaden geplant. Um entspannungspolitische Ansätze im Keim zu ersticken, sind diesen neofaschistischen Kräften alle Mittel recht. Das Geflecht der Organisationen, die durch den Aufbau eines Feindbildes, aggressiven Antikommunismus, Haßtiraden gegen Demokraten und Verunglimpfungskampagnen den Boden für solche Verbrechen bereiten, ist weit gefächert.

In Bremen konnten wir eine dieser Organisationen im Deutschen Haus gerade an dem Wochenende erleben, als Olof Palme ermordet worden ist. Die 'Konservati-

ve Aktion' startet zur Zeit nach eigenen Angaben eine Kampagne zur Verunglimpfung des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt, die darin gipfelt, ihn aus Bonn zu entfernen. Ist es Zufall, daß dieser Verunglimpfungsfeldzug gegen Brandt und die Sozialistische Internationale, die Gewerkschaften, die Kommunisten, die Grünen, gegen alle friedliebenden Kräfte und Demokraten gerade jetzt — im Zeichen der sich hoffnungsvoll abzeichnenden entspannungspolitischen Alternativen — gestartet wird? Wir meinen nein!

Die 'Konservative Aktion' ist durch ihre Propaganda mitverantwortlich dafür, daß der Mord an Olof Palme geschehen konnte. Mit ihrer Kampagne gegen Willy Brandt kalkuliert sie ein, daß aus 'Ruf — Mord wird'.

Es ist auch kein Zufall, daß die 'Konservative Aktion' sich gerade in Bremen als Partei an der Bürgerschaftswahl beteiligen will. Es geht im Kern um die Zerstörung eines breit getragenen antifaschistischen und friedenspolitischen Klimas.

Der 'Konservativen Aktion' dürfen in Bremen und anderswo keine Räume überlassen werden. Sie ist eine Gefahr für den Frieden. Solche und andere kriegshetzende Organisationen müssen verboten werden. Und wir müssen alles dafür tun, daß diesen Kräften kein Stück Boden für ihre Politik überlassen bleibt.

FÜR FRIEDEN UND ENTSPANNUNG.

GEGEN RECHTSENTWICKLUNG UND NEOFASCHISMUS !

Aggression gegen Libyen

Am 26.3.1986 fanden sich Bremer Bürger zu einer spontanen Demonstration vor der US-Botschaft ein. Sie verabschiedeten folgende Resolution, die an die Bundesregierung und die Regierung der USA weitergereicht werden soll.

Wir erklären uns solidarisch mit dem libyschen Volk, das gegenwärtig den militärischen Angriffen der USA ausgesetzt ist und widersteht.

Dieser bewaffnete Überfall auf Libyen ist von der Reagan-Regierung lange geplant und vorbereitet mit Mitteln und Methoden einer interventionistischen Politik, wie sie uns auch gegen Nicaragua nur allzu bekannt sind.

Den zur Rechtfertigung dieser Politik immer wieder von den USA erhobenen Vorwurf des Terrorismus gegen Libyen, Nicaragua und andere Länder der Dritten Welt weisen wir entschieden zurück.

Was ist für die USA Terrorismus?: Der Kampf der Völker um Selbstbestimmung und für das Recht auf eine freie Entwicklung.

Wir verurteilen auf's Schärfste die staatsterroristische Politik der US

- die das Recht der Völker der Dritten Welt auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung liquidieren will,
- die das Recht aller Menschen auf ein Leben in Frieden torpediert.

Bei der Durchsetzung ihrer Hegemonialpolitik ist Libyen den USA ein Dorn im Auge. Es unterstützt zu offenkundig den Kampf um Selbstbestimmung und um den Frieden.

- Libyen braucht unsere Solidarität!
- Hände weg von Libyen!
- Schluß mit den US-Aggressionen gegen Libyen!
- Amis raus aus dem Mittelmeer!
- Wir fordern die Bundesregierung auf, die US-Aggression gegen Libyen eindeutig zu verurteilen!
- Wir rufen die Menschen in der Bundesrepublik auf: Übt Solidarität mit Libyen!

Dokumentation über Zwangsarbeiter

Am 12. März hatte die VVN- Bund der Antifaschisten mit der Abrüstungsinitiative ev. Kirchen-Gemeinden zu einer Pressekonferenz eingeladen. Das Thema: Entschädigung für die Zwangsarbeiter und dazu ein Antrag der Abrüstungsinitiative an die Bremer Ev. Kirche, 20.000.-DM zur Verfügung zu stellen,für eine Dokumentation über die Zwangsarbeiter in Bremen. Die Kirche habe trotz Senkung des Hebesatzes fast doppelt soviel Kirchensteuern erhalten, wie vor Beginn von Aufrüstung und Krieg. Andererseits habe die Kirche keinen Protest eingelegt, als die Nazis den Zwangsarbeitern den Besuch des Gottesdienstes verboten haben. Der Antrag wird im Mai auf dem Bremer Kirchentag behandelt.

Bevor d er außergewöhnlich gut besuchten Pressekonferenz der Kirchenantrag begründet wurde, wurde eine Dokumentation der VVN-BdA vorgestellt.

Nach den "Evakuierungsplänen" der Gestapo sollten die Lager ab Grambker - Mühle bis zum Markt, und vom Markt bis Mahndorf, sowie Rablinghausen bis Huckelriede, also in drei Blöcken erfaßt werden. In diesem Bereich gab es 71 Lager unter 50 Inhaftierten und 65 Lager mit über 50 - 2.000 Inhaftierten. In diesen 136 Lagern gab es im Februar 1944 17.125 Inhaftierte.
Von diesen 17.125 waren 13.634 Männer und 3.491 Frauen. Zu diesen sind noch 2.060 Inhaftierte zu zählen, die der Reichsbahn überstellt und von dieser selbst "evakuiert" werden sollten.
In Bremen-Nord mit Lemwerder gab es 10 Lager mit 2.854 Männern und 1.357 Frauen, sowie einen Außenposten mit 10 Lagern in Aumund mit 1.310 Männern und 1.558 Frauen. Alles zusammen 19.858 Männer und 6.406 Frauen.



Der Friedenspreis der Villa Ichon 1986 wurde an die Künstlerin Janet Fruchtmann und unseren Landesvorsitzenden Willy Hundertmark verliehen. Die Verleihung fand am [illegible]2.3. in der Villa statt. (Foto: Arbeiterfotografie/W. Seehafer)

Der Gestapo Bremen unterstanden nicht die KZ Nebenlager vom KZ Neuengamme. Da gab es:

1.) Behelfswohnbau, Kaserne Huckelriede (nach Ausbombung nach Obernheide) ab 9/44 800 Frauen,
2.) Deschimag Blumenthal ab 9/44 929 Männer
3.) Deschimag Schützenhof ab 8/44 582 Männer
4.) Borgward ab 8/44 1.000 Männer
5.) Farge (Bunker VAlentin) ab 8/43 gab es April 45 noch 2.092 Männer
6.) Bunker Hornisse - Lager Osterort 8/44 800 Männer
7.) SS-Baubrigade - Hindenburg Kaserne + Lager am Reedeich + Vahrerstraße ab 4/42 ständig 800 Männer
8.) Norddeutsche Hütte, Riespott ab 9/44 869 Männer
9.) Lager Aumund, Fa. Redieck Löning + Sohn Bauarbeiten und Trümmerbeseitigung 789 Männer

Insgesamt:

	19.858 Männer	6.406 Frauen
KZ	7.811 Männer	800 Frauen
	27.669 Männer	7.206 Frauen

Eine Dokumentation* von 1943 weist 54.000 Zwangsarbeiter aus, während im Verlauf des Krieges insgesamt 90.000 Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ Häftlinge geschätzt werden.
Die Dokumentation stellte auch die Begründung für die Ablehnung eines Antrages eines polnischen Ukrainers vor. Darin heißt es u.a.:
"Durch Bescheid vom 23.Juli 1957 ist sein Antrag als unbegründet zurückgewiesen und festgestellt worden, daß der Kläger nach dem BEG nicht entschädigungsberechtigt sei. Er habe nach seinen eigenen Angaben einer politischen Partei oder Gewerkschaft nicht angehört, er sei also kein politischer Gegner des Nationalsozialismus. Es bestehe auch kein Anhalt dafür, daß er irrtümlich als solcher angesehen worden sei. Der Arbeitseinsatz sogenannter Ostarbeiter in Deutschland sei aus kriegsbedingten Gründen (Arbeitermangel) erfolgt. Nach ständiger Rechtsordnung seien Ukrainer auch nicht aus Gründen der Rasse verfolgt worden, denn sie gehörten der nationalsozialistischen Rassenlehre einer dem deutschen Blut artverwandten Rasse an."

Der Ukrainer hat Rente dann nach dem BVG beantragt. Mit DAtum vom 17.9.84 teilte die 19. Kammer des Sozialgerichtes die Ablehnung mit Bezug auf die Urteile vom 10.9.54 und 23.7.57 (siehe oben) noch folgende "Erkenntnis" hinzugefügt:
"Im übrigen sei der Kläger Landwirt und von daher an schwere körperliche Arbeit unter allen Witterungsbedingungen gewöhnt gewesen."
Gegen dieses Urteil läuft Berufung.
In der Pressekonferenz wurden die Grundzüge des 1.B.E.G. erläutert. Dieses Gesetz schließt Zwangsarbeiter, Sintis Romas und Sterilisierte soweit sie keine Unterlagen ihrer Gegnerschaft besitzen, aus. Außerdem wurden nach Art. 6c von der Entschädigung ausgeschlossen, wer der Gegnerschaft der F.D.G.O. bezichtet oder verdächtigt wird. Es war eine lebhafte Pressekonferenz, in der die Frau und der Sohn des Ukrainers mit ihren Aussagen die I-Punkt setzten.

W.H.

*
vergl.:
Dieter Pfliegensdörfer (Diss.), Krise, Rüstungskonjunktur, Kriegswirtschaft. Bremen 1986

Geschichts-arbeit

Bericht zur Tagung der Zentralen Geschichtskommission

Zu dieser Tagung fuhr ich mit einem etwas unsicheren Gefühl. Denn einerseits habe ich selbst in der letzten Zeit keine Geschichtsarbeit gemacht. Andererseits hat die Landesgeschichtskommission längere Zeit nicht getagt, obwohl die Mitglieder in vielfältigen Geschichtsaktionen verankert sind. So blieb mir nichts anderes übrig, diese Tagung als einen erneuten Einstieg in die Geschichtsarbeit für mich anzusehen.

Als zentraler Punkt dieser Tagung erwies sich die Arbeit mit dem "Heimatgeschichtlichen Wegweiser". Gegliedert nach Landkreisen und kreisfreien Städten ordnet der Wegweiser die Spuren nach drei systematischen Aspekten: Was erinnert in einer Gemeinde an den antifaschistischen Widerstand und den Naziterror? Was erinnert an die Opfer der "rassischen" Verfolgung und der "Euthanasie"? Was erinnert an die Opfer des KZ-Systems und der Zwangsarbeit?

Dies ist ein langfristiges Projekt, das über 10 Jahre hinweg auf Bundesebene abläuft. Es ist gewissermaßen eine Bestandsaufnahme der bisherigen, bekannten Ergebnisse der Länder.

Die VVN-BdA hat eine Verantwortung bei der Aufarbeitung und Darstellung des Faschismus. Sie zeigt immer wieder offen den Charakter des Faschismus auf. Gerade unsere älteren Kameradinnen und Kameraden haben uns jüngere Kameradinnen und Kameraden überzeugend vom Faschismus konkret hier vor der Haustür berichtet.

Wir jüngere Kameradinnen und Kameraden können, wollen und müssen diese so gewonnenen Erkenntnisse und die Arbeit der älteren Kameradinnen und Kameradenfortsetzen. Wir werden uns zunehmend auf das über die älteren Kameradinnen und Kameraden angeeignete Wissen und weiterreichende Sachinformationen stützen müssen. Der "Heimatgeschichtliche Wegweiser" hat vor diesem Hintergund - als Sach- und Arbeitshandbuch eine wichtige Funktion. Wir sichern damit den politisch-inhaltlichen erreichten Stand der antifaschistischen Arbeit der BRD und liefern die Grundlage für die zukünftige Kompetenz bzw. Autorität der VVN-BdA. Diesen Punkt erfüllt das Projekt "Heimatgeschichtlicher Wegweiser".

Deshalb halte ich diese Aufgabe für höchst wichtig und habe nun nach der Tagung kein unsicheres Gefühl mehr. Gerade nach einer ersten Sichtung des vorhandenen Materials bin ich der Meinung, daß es eine große Fülle an Aufgaben gibt. Es wäre von daher schön, wenn sich Interessenten an das VVN-BdA-Büro wenden würden, die Lust haben sich an dieser spannenden Arbeit zu beteiligen.

L. F.-D.

NPD-Nadel als "Antiquität"

Bei einem Bummel durch das Gebrauchtwarenkaufhaus in der Kornstraße bin ich unter anderem auch auf eine Menge alter Anstecknadeln gestoßen. Sie lagen ordentlich aufgereiht im Schaufenster.

Bei genauerem Hinschauen entdeckte ich zwei Nadeln, die sofort meinen Unmut hervorriefen. Es waren eine Hiag und eine NPD Nadel. Um meiner Empörung Luft zu machen, wollte ich die Inhaber sofort darauf ansprechen. Aufgrund des geringen Wissens, was die Hiag betrifft, habe ich es jedoch verschoben. Ich habe mich dann anhand von Büchern und Broschüren informiert, was die Hiag ist und wer dahintersteckt (Mußte feststellen, daß es nur sehr wenig über die Hiag gibt).

Nachdem ich mich kundig gemacht hatte, habe ich den Kameraden Willy Sch. angerufen, um ihn zu fragen, ob er mich begleitet. Willy war auch sofort einverstanden. Wir sind dann zusammen in das Geschäft gegangen und haben die Inhaber darauf angesprochen. Sie sagten uns,daß sie nicht wüßten, was die Hiag und NPD wäre, lehnten eine Diskussion darüber aber konkret ab. Sie nahmen sofort die NPD Nadel aus dem Fenster und gaben sie uns. (Die Hiag Nadel war nicht mehr da!)

Das m.E. zu schnelle Eingehen auf Willy und mich und das Verhindern einer Diskussion läßt mich annehmen, daß sie schon wußten, was diese Nadeln bedeuten. Ich habe mir vorgenommen, dieses Geschäft weiter zu beobachten und auch mal in andere Antiquitätenläden reinzuschauen.

Fände es toll, wenn dieser Artikel Euch Kameradinnen und Kameraden anregen würde, auch einmal genauer hinzuschauen. Wer weiß, vielleicht finden wir noch mehr.

U.W.

Hemelingen

DIE GESCHICHTE UNSERES STADTTEILS HEMELINGEN

Ein Stück Hemelinger Stadtteilgeschichte, vor allem die Zeit kurz vor 1933 und die Jahre des deutsches Faschismus wird nun schon beinahe ein dreiviertel Jahr von einer Arbeitsgruppe erforscht, die durch die Zusammenarbeit der Bremer Volkshochschule mit der Kultur- und Freizeitarbeitsgemeinschaft Hemelingen e.v. (KuFAG) entstanden ist.

Gerade diese Zeit wurde ausgewählt, weil man sich durch die Möglichkeit von Gesprächen mit älteren Hemelinger Bürgern als Zeugen der Zeit eine Geschichtsbeschreibung erhofft, die die alltägliche Lebensweise der Menschen in ihrem Lebensbereich berücksichtigt. Die bis jetzt zusammengetragenen Arbeitsergebnisse der Gruppe dokumentieren auch, daß die Ereignisse im gesamten Deutschland dieser Zeit ihre Entsprechung fanden im Geschehen in der kleinen preußischen Gemeinde Hemelingen vor den Toren Bremens, oder nach der Eingemeindung 1939 im Bremer Industrieteil Hemelingen. Die Arbeitsgruppe möchte jetzt mithilfe eines Volkshochschulkurses interessierte Hemelinger Bürger entweder als Mitarbeiter oder als Zeitzeugen ansprechen. Eine Menge Material aus dem Staatsarchiv, beispielsweise Zeitungen aus der Zeit des Faschismus, wartet auf die Auswertung und die Erinnerungen älterer Bürger an diese Zeit bieten die Möglichkeit, auch die Geschehnisse als Geschichte ernst zu nehmen, die nicht in der Zeitung oder in Büchern aufgeschrieben sind.

Wer an der Mitarbeit interessiert ist, ist dienstags um 19.30 h in die Kulturbaracke, Rathausplatz 1a, neben dem Hemelinger Ortsamt eingeladen. Telefonische Informationen vorweg erteilt Margot Müller in der Kulturbaracke, Tel. 49 63 302, oder privat, Tel. 72 508. Die Teilnahme am VHS-Kurs ist kostenlos.

Daher der Haß

In der Nacht vom 7. zum 8. März 1986 wurde zum 2. Male das Denkmal in der Bgm. Deichmannstr. besudelt. Der oder die Täter haben die Taf mit den Daten der Geschichte des ehemaligen Spielplatzes an der Nordstr. vollkommen zugesprüht. Damit man weiß, wes Geistes Kind der oder die Täter waren, wurde auf den Stein ein Hakenkrez gesprüht.

Die Tat dokumentiert ganz eindeutig die Kulturfeindlichkeit des Neofaschismus. Ich habe bei Stadtführungen immer die Betroffenheit erlebt, wenn die Jugendlichen lasen, daß Erich Kästners Bücher verbrannt worden sind.

Die jungen Menschen, die vorher noch skeptisch waren über unsere Beurteilung der Menschen und Kulturfeindlichkeit, waren erschrocken über die Verbrennung vom "Doppelten Lottchen" oder "Emil und die Dedektive". Und sie erkannten den Zusammenhang von: "ERst brannte der Reichstag, dann brannten die Bücher, dann die Synagogen und zum Schluß die Menschen". Dieser Brandweg des Naziregimes wird vom Denkmal überzeugend dargestellt. Daher der Haß der Alt- und Neonazis.

W.H.

"Konservative Aktion"

ERfolgreiche antifaschistische Aktion vor dem "Deutschen Haus"
Ludek Pachmann sprühte auf Antifaschisten mit Tränengas
Die Diskussion um revanchistische Veranstaltungen im "Deutschen Haus" wird fortgesetzt

Am Sonntagmorgen trafen sich ca. 250 Antifaschisten vor dem "Deutschen Haus" und haben erfolgreich eine Veranstaltung der "Konservativen Aktion" behindert. Zur Vorbereitung dieser Aktion fanden bereits am Donnerstag und Samstag Mahnwachen zur Aufklärung über die KA auf dem Marktplatz statt. Diese und die Aktion am Sonntag wurden unterstützt von: Jusos, DGB-Jugend, evangelische Jugend, VVN-BdA, Die Grünen, DKP, Landesjugendring, SDAJ, SJD-FAlken, MSB-Spartakus und unorganisierten Antifaschisten. Unter den Aktionsteilnehmern befanden sich auch die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ingrid Busboom und Reinhard Barsuhn.

Die "Konservative Aktion" ist keineswegs eine Vereinigung konservativer Kräfte. Sie hetzt in übelster Goebbelscher Manier gegen alle Demokraten. Sie erzeugt eine Pogromstimmung gegen Gruppen und Personen, die die physische Vernichtung ihrer Gegner mit einkalkuliert. Ganz entschieden bekämpft sie jegliche Politik des Realismus, des friedlichen Miteinanders und des Gewaltverzichts gegenüber den sozialistischen Ländern. Sie unterscheidet sich damit in ihrer Propaganda und Zielsetzung nicht von neofaschistischen Organisationen.

Ziel ihres Auftritts und ihre Absicht, an der Bürgerschaftswahl 1987 teilzunehmen, ist es, das antifaschistisch politische Klima in Bremen zu vergiften. Welcher Mittel sie sich bedienen wird, zeigt der Auftritt ihres Bundesvorsitzenden Ludek Pachmann am Sonntagmorgen. Er sprühte Antifaschisten CS-Tränengas in's Gesicht, so daß diese sich in ärztliche Behandlung begeben mußten.

Trotz der von Innensenator Kröning gegebenen Anweisung, die Antifaschisten vor Übergriffen der "Konservativen Aktion" zu schützen, wurden solche Angriffe nicht verhindert. Im Gegenteil, Beamte des SEK prügelten ungerechtfertigt auf Kundgebungsteilnehmer ein. Das disziplinierte Verhalten der Antifaschisten hat eine weitere Aufheizung der Situation verhindert.

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen um die revanchistischen und neofaschistischen Umtriebe im "Deutschen Haus" sind mit dieser Kundgebung nicht abgeschlossen.

Offensichtlich wußte Herr Plewnia - der Pächter des "Deutsches Hauses" - welche Organisation er ins Haus läßt. Der Senat ist deshalb aufgefordert, das Pachtverhältnis mit ihm aufzulösen.

Die breite öffentliche Diskussion um die Vorgänge im "Deutschen Haus" haben einmal mehr gezeigt, daß Revanchedenken und Neofaschismus keinen Platz in Bremen haben.

V.H.

Jugend und Neofaschismus (Konferenz 23./24. Mai)

Was tun gegen Neonazis? Verprügeln oder diskutieren? Im folgenden der Auszug einer Diskussion mit Jugendlichen über dieses Thema aus den Jugendpolitischen Blättern 3/86

MICHAEL: Das gab bei uns viele Diskussionen, was man jetzt gegen die Neonazis tun muß. Die einen sagen: Wir müssen mit den Leuten reden und diejenigen von den Neonazis wegziehen, die noch nicht zum harten Kern gehören. Da standen ja bei diesem Überfall auf beiden Seiten arbeitslose Jugendliche, zum Teil sogar Leute, die sich aus dem Stadtteil kannten. Und andere sagten: Wir müssen sie schlagen, wo wir sie treffen.

ARMIN: Laß mich beim letzten anfangen. Ich mein, daß so was als Form von Selbstverteidigung, Notwehr legitim ist, aber es ist keine politische Strategie. Das wäre im Gegenteil sehr gefährlich, praktisch die Gegengewalt zur politischen Strategie zu erheben. Die eigentliche Gefahr die von den Neonazis ausgeht, ist ja in einiger Zeit nicht die "Machtübernahme".

Die eigentliche Gefahr liegt zum einen in der Zerschlagung linker Formen der Politik. Aber sie liegt auch darin - das merke ich hier in Berlin - wo ja im Kreis der sogenannten Autonomen die Gegengewalt ganz ungebrochen zur Strategie erhoben wird -, daß wir hier "englische Verhältnisse" kriegen. Nämlich so, daß verschiedene Subkulturen, die sich alle aus dem Bereich der Arbeitslosen, der Deprimierten rekrutieren, daß die gewaltsam aufeinander losschlagen und ein autoritär-konservatives Regime, wie die Thatcher-Regierung seine eigene Legitimität daraus bezieht, daß es Ruhe und Ordnung schafft, gegen das Chaos der Straße. Solche Gruppen können eine Rechsverschiebung nach meiner Auffassung nur so bewirken, daß sie in dem Moment, wo tatsächlich die Gewalt auf der Straße zum gesellschaftlichen Problem erhoben wird, Schützenhilfe für die CDU/CSU leisten, ein verschärft rechtes Regime für "Ruhe und Ordnung" zu rechtfertigen. DA würde dann solche Strategie ins Leere laufen bzw. die Lage der demokratischen Kräfte verschärfen.

...

JPB: Heißt das, wir müssen deutlicher und einfacher benennen, wer die wirklich Schuldigen an Arbeitslosigkeit und Krise sind, welcher Unternehmer z.B. für die hohe ARbeitslosigkeit in einer Stadt, einem Stadtteil verantwortlich ist?

ARMIN: Das ist richtig. Bevor du aber argumentieren kannst, mußt du einen Gruppenzusammenhang hergestellt haben, der das möglich macht, in dem die Jugendlichen Kameradschaft, echte Solidarität erfahren, entlastet werden von dem Druck, sich selbst schuldig zu fühlen - erst dann sind sie auch für Argumente erreichbar. Die reine Aufklärung wirkt nicht, die wird abgewehrt.

JPB: Jugendliche im Alter von 14-18 sind doch in Fanclubs in Cliquen, im Klassenverband, im Sportverein, im Jugendzentrum... Ist denn nicht denkbar, daß dort auch Gewerkschafter, fortschrittliche Leute ein offenes Ohr bei den Jugendlichen finden können?

ARMIN: In diesen Gruppenzusammenhängen ja, wenn sie dort drin sind, akzeptiert werden und nicht als Fremde politische Aufklärungsarbeit leisten wollen. Vollkommen richtig, Zentralmotiv vieler Jugendlicher bei den Neonazis ist erstmal die "Gemeinschaft", der Versuch eine Gemeinschaft zu bilden. Und die Ausgangssituation ist, daß sie hilflos sind und keine andere Alternative sehen und erlebt haben. Diese Alternativen muß man aber entwickeln und den Jugendlichen zugänglich machen.

JPB: .. andere Gemeinschaften mit anderen Inhalten?

ARMIN: Ja, z.B. in Selbsthilfeprojekten. Ich finde es wichtig, daß Jugendliche ihre Lebenssituation "Arbeitslosigkeit" in einer Arbeitsgemeinschaft bewältigen können.

GEORG: Schließt du da ARbeitsloseninitiativen mit ein?

ARMIN: Die leisten das auch in gewissem Maße. Aber ich glaube, daß diese Arbeit allein nicht ausreicht und deswegen der Schritt weiter gemacht werden müßte in Richtung der Genossenschaftsidee.

Diese und weitere Fragen sollen auf der Konferenz diskutiert werden:
"Jugend und Neofaschismus"
am 23. Mai, ab 19 Uhr und am 24.Mai von 10 - ca. 19 Uhr im Bürgerhaus Gustav Heinemann.
Die Konferenz wird getragen und unterstützt von der GEW, der VVN-BdA, dem DGB, vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst und vielen anderen Organisationen und Initiativen.



... TERMINE ...



VVN-BdA - Termine

Bremen Nord:

16.4., 20 Uhr Gespräch mit türkischen Kollegen, gemeinsamer Abend zusammen mit dem Antifa Arbeitskreis Bürgerhaus G. Heinemann

26.4., 10 Uhr 50. Antifaschistische Stadtrundfahrt Abfahrt Bürgerhaus G. Heinemann, Anmeldungen: Tel 65 08 05

8.4., 18 Uhr Vorbereitungsgespräch "Marzabotte - Workcamp" Bürgerhaus G. Heinemann







Bremerhaven:

15.4., 20 Uhr Mitgliedervers. Thema: 8.Mai Gemeindehaus ref. Kirche Wielandstr. 5-7

Bremen:

Gruppe Süd:

14.4., 19.30 Uhr Wie mache ich eine Führung durch unsere Ausstellung "Neofaschismus in der BRD" Und: 1.Mai 1946 - Wer erinnert sich an die erste Mai-Demo vor 40 Jahren? Begegnungsstätte Neuenland, Thedinghauserstr.115

Gruppe West:

Termin bitte im Büro nachfragen 20 Uhr Bildungsabend: "Mißbrauch wirtschaftlicher Macht - Großkapital und Politik" Bdm Deichmannstr. 26

Gruppe Ost:

23.4., 19.30 Uhr Mitgliedervers. Weserterrassen

Ausstellung

"Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung" Staatsarchiv Montag bis Freitag 9 - 16 Uhr Donnerstag auch bis 20 Uhr bis zum 18.April 1986

Verschiedene Termine

10.4., 18.30 Uhr"Zwangsarbeit im Faschismus", eine kritische Auseinandersetzung mit dem Projekt "Kämmerstein" von Volkmar Leohold Veranst.: Bürgerhaus G. Heinemann Zimmer 219

Veranstaltungsreihe der VHS und A+L und des Arbeitskreises Arbeiterveteranen zur Politik in Bremen im Zeichen des Kalten Krieges 1947 - 1959

11.4., 17 Uhr "Politik und Entwicklung der SPD von 1948-1959 Referentin: Renate Meyer-Braun DGB Haus, Leuschner Saal

15.4., 20 Uhr Theater 4: On-Line

15.4.-18.4., Fachtagung: "Jugend und Neue Medien" Ort: JFH Wehrschloß Hastedeter Osterdeich 230 Veranst.: Landesjugendring

16.-18.4, jeweils von 9.30 Uhr bis abends Referate und Workshops. Genaues Programm und Anmeldung beim Landesjugendring, Teerhof 21 Tel 50 42 01

21.4., 20 Uhr "Arbeiterbewegung in Westeuropa" Untersucht werden sollen die grundlegenden Änderungen der Kampfbedingungen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in den wichtigsten westeuropäischen Ländern seit Ende der siebziger Jahre. Im internationalen Vergleich sollen die Besonderheiten der Entwicklung in der BRD aufgeschlüsselt und Konsequenzen für Programmatik und Strategie der Arbeiterbewegung formuliert werden. Nicht zuletzt wird dabei die Frage nach der Kraft utopischen Denkens eine Rolle spielen. Referent: Pro.Dr.Frank Deppe, Uni Marburg Ort: Heinrich-Vogeler-Buchhandlung, Veranst.: MASCH Bremen e.V.

22.4., 20 Uhr, "WAnn gibt´s Sozialhilfe?" Immer mehr Bremerinnen und Bremer erhalten Sozialhilfe. Einige Politiker behaupten, die Sozialleistungen seien zu hoch und würden häufig mißbraucht. Dabei ist längst klar: Viele Bremer Mitbürger erhalten nicht einmal das Wenigste, das ihnen zusteht. Diese Veranstaltung soll Hinweise zum Zurechtfinden im Paragraphendschungel und Behördenwirrwarr liefern. Referent: Vanesse Janes/ Herbert Wiedermann Ort: Bandonion, Gertrudenstraße Veran.: MASCH Bremen e.V.

23.3., 20 Uhr, "Wer kennt Else Lasker-Schüler, Selma Meerbaum-Eisinger, Else Blumenthal..." Lesung von Lyrik verfolgter und vergessener Dichterinnen und Dichter. Sie wurden von den Nazis verfolgt, ihre Dichtungen verbrannt. Ihre Lyrik wieder ins Gedächtnis zu rufen, ist Sinn der Veranstaltung. Referent: Rolf Pohlhausen Uni Dortmund Ort: Heinrich-Vogeler-Buchhandlung Veranst.: MASCH Bremen e.V.

24.4., 20 Uhr, Podiumsgespräch
- Ingomar Benoit (Arbeiterkammer)
- Henning Eichenauer (Textil und Bekleidung)
- Senator Franke (angefragt)
- Karl Lüneburg (Ortsamtsleiter)
- Volkmar Leohold (Verfasser der Doku. "Kämmeristen")
- angefragt ist der Vorstand der BWK
- angefragt ist der Betriebsratsvorsitzende

Ort: ev.ref. Kirchengemeinde Bremen Blumenthal, Landrat Christians Str. 78, gegenüber Amtsgericht Veranst.: Kirchenrat der ev.ref. Kirchengemeinde

25.4., 2o Uhr,'Die Kämmeristen' öffentliche Diskussion über die Dokumentation zur BWK Veranst.: Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Ort: Staatsarchiv, Kennedy-Platz

Geburtstage im April

3.4.	Georg Gumpert	72 Jahre
5.4.	Minna FAhrenberg	89 Jahre
6.4.	Margarete Knigge	80 Jahre
7.4.	Gisela Geerken	69 Jahre
14.4.	Albert Schmilewski	87 Jahre
16.4.	Willy Hundertmark	79 Jahre
24.4.	Johanna Krieger	81 Jahre
28.4.	Eva Schatz	71 Jahre
30.4.	Willy Meyer-Buer	75 J e

Das 3. Quartal ist Fällig !

Liebe Haus-, Gruppen- und Kreis-Kssiererinnen und Kssierer, im vierten Monat des Jahres ist es höchste Zeit zum Abrechnen. Es genügt nicht,nur eine Teilabrechnung abzustatten, schon um eine Übersicht über die Möglichkeiten des Einsatzes der Mittel zu behalten, ist eine Abrechnung in kurzen Abständen angebracht.

Aber sonst bleibt es vorläufig dabei: jeden Donnerstag kann im Büro abgerechnet werden. Ab sofort ist am gleichen Tag, auch von 15 - 18 Uhr die Kameradin Tilla bereit, um die Beiträge der Kameradinnen und Kameraden, die im Büro ihre Beiträge entrichten, diese entgegen zu nehmen.

V.i.S.d.P.:

Willy Hundertmark

Bgm.-Deichmann-Str. 26